Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1737

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 11. Dezember 1963

102. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 13. Dezember 1963

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

I. 1. Abgeordneter **Seibert**

Hat der deutsche Regierungsvertreter anläßlich der III. Wirtschaftskonferenz der Rhein-Zentralkommission der ablehnenden Haltung dieser Konferenz gegenüber der Einführung von Margentarifen für die Rheinschiffahrt mit ausdrücklicher Billigung der Bundesregierung zugestimmt?

I. 2. Abgeordneter **Seibert**

Ist aus der erst neuerdings feststellbaren Ablehnung der tarifarischen Vorschläge der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine gemeinsame Verkehrspolitik durch die Bundesregierung zu folgern, daß die Bundesregierung andere konkrete Vorschläge für die künftige Tarifpolitik zu unterbreiten gedenkt?

I. 3. Abgeordneter **Seibert**

Wäre nicht mit erheblichen weiteren Schwierigkeiten bei einer Angleichung der Wettbewerbsbedingungen im nationalen und internationalen Rahmen zu rechnen, wenn für die verschiedenen Verkehrsträger mit der Einführung von Margentarifen einerseits und der Zustimmung zu einer freien Preisbildung für die Rheinschiffahrt andererseits derart unterschiedliche Möglichkeiten für die Festsetzung von Tarifen geschaffen würden?

I. 4. Abgeordneter **Cramer**

Treffen Zeitungsmeldungen zu, wonach die Mittel zum Ausbau des Küstenkanals auf der Strecke Kampe—Dörpen auf 3,50 m Tiefe auch für 1964 gestrichen sind?

I. 5. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)**

Ist die Bundesregierung daran interessiert, daß die zivile deutsche Luftfahrt an der ersten Serie von voraussichtlich 38 Stück des in englisch-französischer Produktionsgemeinschaft zu bauenden Superschallflugzeuges Concorde partizipiert, das etwa um das Jahr 1970 im zivilen Flugverkehr eingesetzt werden soll und von dem die ausländische Presse meldet, daß englische, französische und amerikanische Luftverkehrsunternehmen sich bereits die überwiegende Mehrzahl gesichert haben?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

I. 6.	Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)**	Wann kann mit dem Beginn des Baues der Bonner Nord- bzw. Südbrücke gerechnet werden?
I. 7.	Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Sieht die Bundesregierung die Gefahren, die dem Raum südlich von München als wichtigem Teil des bayerischen Oberlandes in seiner Eigenschaft als Erholungs- und Fremdenverkehrsgebiet und der ansässigen Bevölkerung durch den in erschreckendem Umfang zunehmenden Straßenverkehr drohen, insbesondere durch die damit verbundene Lärmentwicklung, Luftverseuchung und Unfallhäufigkeit?
I. 8.	Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Ist auch der Herr Bundesverkehrsminister der Auffassung, daß die Überbelastung der Straßen und die damit verbundenen Gefahren durch eine bessere Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere der Bundesbahn, in technischer, fahrplanmäßiger und tariflicher Hinsicht kompensiert oder zumindest gemildert werden können?
I. 9.	Abgeordneter **Dr. Gleissner**	Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, gemeinsam mit der Deutschen Bundesbahn überprüfen zu lassen, welche Möglichkeiten bestehen, um schon jetzt den Betrieb auf den Strecken München—Schliersee—Bayrischzell, München—Holzkirchen—Bad Tölz—Lenggries, ferner München—Isartal/Loisachtal sowie München—Ammerseegebiet so auszugestalten, daß für die Bevölkerung, insbesondere für den Pendler-, Ausflugs- und Fremdenverkehr, die Benutzung der Bundesbahn angesichts des einseitig überlasteten Straßenverkehrs attraktiver als bisher erscheint und zumindest eine gleichgute Verkehrsbedienung gewährleistet wird?
I. 10.	Abgeordneter **Dr. Kohut**	Wie wird bei der Verwendung der Auskünfte der Flensburger Autosünderkartei die Gleichheit vor dem Gesetz sichergestellt, nachdem feststeht, daß die Eintragungsverfügungen der Gerichte offenbar nach völlig unterschiedlichen Gesichtspunkten ergehen?
I. 11.	Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Welche Erfahrungen sind mit dem Verkehrs-Zentralregister beim Kraftfahrt-Bundesamt bisher gemacht worden?
I. 12.	Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Trägt die Bundesregierung sich mit der Absicht, gesetzgeberische Maßnahmen vorzuschlagen, die eine gleichmäßige Behandlung aller Kraftfahrer bei der Eintragung in das Verkehrs-Zentralregister sicherstellen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

Abgeordneter **Dr. Roesch**

Wie viele Beamte des höheren Dienstes im Bundeswirtschaftsministerium haben ein abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften (Diplom-Kaufmann, Diplom-Volkswirt)?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter **Hammersen**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um der durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster (Westfalen) vom 19. Juni 1963 — III A 1134/61, 1 K 480/61/Münster — eingetretenen Rechtsunsicherheit auf dem Gebiete des Erschließungsbeitragsrechtes nach § 133 des Bundesbaugesetzes zu begegnen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

Abgeordneter **Welslau**

Welche Schritte hat der Herr Bundesfamilienminister unternommmen, um den in seiner Gegenwart einstimmig gefaßten Beschluß des Ausschusses zu entsprechen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundeskindergeldgesetzes auf den 1. Juli 1963 festzusetzen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

V. 1. Abgeordneter **Faller**

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag des Deutschen Touring-Clubs zu unterstützen, alle Arzneimittel einheitlich und auffällig zu kennzeichnen, die die Fahrtüchtigkeit von Kraftfahrern beeinträchtigen können?

V. 2. Abgeordneter **Faller**

Ist der Bundesregierung die Zahl der Medikamente bekannt, die bei Kraftfahrern „Rauschzustände" mit oder ohne Alkoholgenuß herbeiführen können?

VI. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VI. 1. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden, daß die gesetzlich vorgesehene Entschädigung von etwa 25 deutschen Staatsangehörigen, die ihren Besitz in Algerien verloren haben, beschleunigt wird, zumal es sich um einen insgesamt geringfügigen Betrag handelt?

VI. 2. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**

Hält die Bundesregierung die Gründung einer italienischen Staatsuniversität mit europäischem Charakter, die von der italienischen Regierung in Florenz vorbereitet wird, für eine

		Verwirklichung der Vorschrift des Artikels 9 Ziff. 2 des Euratomvertrages, wonach im Rahmen der europäischen Gemeinschaften eine europäische Anstalt im Range einer Universität geschaffen werden soll?
VI.	3. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**	In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung für den Fall, daß sie die in Florenz zu gründende italienische Staatsuniversität mit europäischem Charakter durch Bundesmittel zu unterstützen beabsichtigt, die in wiederholten Beschlüssen bekanntgegebenen Wünsche des Europäischen Parlaments und die eigenen Vorstellungen der Bundesregierung von den wesentlichen Merkmalen einer europäischen Universität sowohl im Aufbau als auch in der weiteren Entwicklung zu sichern?
VI.	4. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Weiß die Bundesregierung, wie viele Volksdeutsche in Rumänien zu ihren Angehörigen in die Bundesrepublik übersiedeln möchten?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII.	1. Abgeordneter **Dr. Kohut**	Wie stellt die Bundesregierung eine gleichmäßige Anwendung des Asylrechts für politisch Verfolgte gemäß Artikel 16 Abs. 2 GG sicher?
VII.	2. Abgeordneter **Dröscher**	Um wieviel Prozent höher als bei vergleichbarer Dienststellung in der Bundesrepublik liegt die Besoldung der Beamten und Angestellten bei den europäischen Körperschaften?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII.	1. Abgeordnete **Frau Funcke (Hagen)**	Beabsichtigt die Bundesregierung eine Regelung, nach der die Steuerermäßigung für die Beschäftigung einer Haushaltshilfe für den in § 33 a Abs. 3 EStG genannten Personenkreis über den 31. Dezember 1963 hinaus ermöglicht wird?
VIII.	2. Abgeordneter **Dr.-Ing. Philipp**	Billigt die Bundesregierung die in den „Finanzpolitischen Mitteilungen des Bundesministeriums der Finanzen" im „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 7. November 1963, S. 1740, verbreitete Darstellung über das Aufkommen aus der Heizölsteuer und seine Verwendung?
VIII.	3. Abgeordneter **Dr.-Ing. Philipp**	Ist die in der in Frage VIII/2 erwähnten Mitteilung des Bundesministeriums der Finanzen enthaltene Behauptung zutreffend, das Aufkommen aus der Heizölsteuer reiche zur Deckung der Aufwendungen für Maßnahmen zur Anpassung des Steinkohlenbergbaus an die veränderte Lage auf dem Energiemarkt im Sinne von Artikel 4 des Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 26. April 1960 (BGBl. I S. 241) nicht aus?

VIII.	4. Abgeordneter **Dr.-Ing. Philipp**	Wie ist es rechtlich und sachlich möglich, daß in den Jahren 1960 bis 1963 unter der Bezeichnung „krisenbedingte Mehrbelastungen des Bundes beim Zuschuß zur Knappschaftsversicherung" unmittelbar Beträge aus dem Heizölsteueraufkommen in Anspruch genommen worden sind, obwohl Bundestag und Bundesrat diese Verwendung nicht beschlossen haben?
VIII.	5. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)**	Hat die Bundesregierung Ermittlungen angestellt, in welchem Umfang Bundesmittel erforderlich sind zum Zwecke der Finanzierung des Ausrichtungs- und Garantiefonds der EWG?
VIII.	6. Abgeordneter **Bading**	Wann ist mit dem Abschluß eines Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Thailand und der Bundesrepublik zu rechnen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

IX.	1. Abgeordneter **Vogt**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Gebieten, in denen nur wenige Dämpfkolonnen vorhanden sind, es den Landwirten unmöglich ist, den für die Konservierung von Kartoffeln in den Bewilligungsbedingungen festgesetzten Termin vom 31. Dezember 1963 einzuhalten, um in den Genuß der Beihilfe zu kommen, zumal diese Bewilligungsbedingungen erst im November veröffentlicht worden sind?
IX.	2. Abgeordneter **Ertl**	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der von der EWG-Kommission vorgelegte Bericht über die Beihilfen in der Landwirtschaft alle in den Partnerländern durchgeführten Maßnahmen, welche eine Wettbewerbsverzerrung verursachen, vollständig erfaßt?
IX.	3. Abgeordneter **Leicht**	Welche Feststellungen konnte die Bundesregierung hinsichtlich des Absatzes und der erzielten Preise von Zigarrenguttabaken der Ernte 1963 treffen?
IX.	4. Abgeordneter **Leicht**	Welche konkreten Hilfsmaßnahmen für Zigarrengutpflanzer hat die Bundesregierung für die Ernte 1963 vorgesehen?
IX.	5. Abgeordneter **Leicht**	Hat die Bundesregierung schon eine Vorstellung über eine Dauerlösung, die die Existenz der Tabakbau treibenden Betriebe, die überwiegend Klein- und Familienbetriebe sind, besonders im Blick auf die EWG für die Zukunft sichern wird?

IX. 6. Abgeordneter **Wächter**

Wann sind die Einfuhrkontingente für die einzelnen Importfirmen für die Zuteilungen aus den Ausschreibungen von Rindereinfuhren aus Dänemark zum letzten Mal festgelegt worden?

IX. 7. Abgeordneter **Wächter**

Wieviel Firmen sind an den Rinderimporten aus Dänemark jeweils beteiligt?

IX. 8. Abgeordneter **Sander**

Was hat das Bundesernährungsministerium bisher bei seinen Bemühungen um eine Verlängerung der Kennzeichnungspflicht für Auslandseier über den 31. Dezember 1963 hinaus erreicht?

IX. 9. Abgeordneter **Ertl**

Entspricht der Bericht des „Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblattes" den Tatsachen, wonach das in verschiedenen landwirtschaftlichen Blättern angebotene Schnellmastkonzentrat ANGO für Bullen, Ochsen, Kühe und Rinder evtl. krebserregend wirkt?

IX. 10. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)**

Hat die Bundesregierung Ermittlungen angestellt, welche Einkommenseinbußen der deutschen Landwirtschaft im Laufe der nächsten Jahre durch die geplanten EWG-Marktordnungen für Rindfleisch, Milch und Milcherzeugnisse entstehen werden?

IX. 11. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)**

Kann aus der Tatsache, daß im Haushaltsentwurf 1964 für den Preisausgleich der EWG keine Mittel vorgesehen sind, geschlossen werden, daß die Bundesregierung sowohl dem Vorschlag der EWG-Kommission auf Getreidepreisangleichung in einem Zuge, wie einer allmählichen Getreidepreissenkung nicht zustimmen wird?

IX. 12. Abgeordneter **Dr. Roesch**

Ist die Bundesregierung bereit, gegen weitere Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln dadurch vorzugehen, daß sie in Brüssel eine Marktregelung durchsetzt, die eine wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Verteuerung der Eiprodukte und des Durumgrießes und dadurch gleichzeitig eine zwangsläufige Preiserhöhung für Teigwaren verhindert?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1. Abgeordneter **Felder**

Kann der Herr Bundesarbeitsminister über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zu dem wiederholt in der Fragestunde des Deutschen Bundestages angemahnten Gesetzentwurf zur Schaffung einer Altervorsorge für Rechtsanwälte berichten?

X. 2. Abgeordneter **Welslau**

Wie vielen Familien ist das Zweitkindergeld infolge Überschreitens der Einkommensgrenze nach dem 1. Juli 1963 entzogen worden?

X. 3. Abgeordneter **Welslau**

An wie viele Familien wird noch Zweitkindergeld gezahlt?

X 4. Abgeordneter **Ertl**

Trifft es zu, daß die Mittel zur Vergabe für Beihilfen zur Förderung der beruflichen Fortbildung der unselbständigen Mittelschichten (individuelles Förderungsprogramm — Kap. 11 02 Tit. 571), welche über die Arbeitsämter auf Antrag zur Verteilung gelangen, zur Zeit in einem nicht ausreichenden Umfang zur Verfügung stehen und daher das Weiterstudium vieler, vor allem verheirateter Studierender gefährdet ist?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XI. 1. Abgeordneter **Schultz**

Welcher Übungszweck wird mit dem Kolonnenmarsch von Bundeswehreinheiten auf der Autobahn verfolgt?

XI. 2. Abgeordneter **Kreitmeyer**

Was hält die Bundesregierung bisher davon ab, jeder Kompanie der Bundeswehr und jedem Stab ein Exemplar der Sitzungsberichte des Bundestages sowie des Jahresberichts des Wehrbeauftragten zur Verfügung zu stellen?

XI. 3. Abgeordneter **Kreitmeyer**

Wann können endlich die Privatbesitzer derjenigen gesperrten Flächen des Standort-Schieß- und -Übungsplatzes Wendisch-Evern, die seit 1959 zur Munitionsfundstelle erklärt wurden, mit einer wenigstens vorschußweisen Entschädigung rechnen?

XI. 4. Abgeordneter **Felder**

Ist der Herr Bundesverteidigungsminister bereit, nach Abschluß des Nagold-Prozesses der Bundeswehr über einen Sondererlaß oder über die „Information für die Truppe" eine objektive Darstellung der Vorgänge — unter Berücksichtigung der Haltung des General-Inspekteurs, des Wehrbeauftragten und des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages — zu geben?

XI. 5. Abgeordneter **Felder**

Hält der Herr Bundesverteidigungsminister seine in der Bundeswehr amtlich verlautbarte Meinung aufrecht, der Westdeutsche Rundfunk habe mit einer Sendung in seinem Frauenfunk etwas getan, was „eine erschreckende Ähnlichkeit mit der sowjetzonalen Zersetzungspropaganda" aufweise, obwohl Rundfunkrat und Intendant diese diffamierende Behauptung einmütig und wohlbegründet zurückgewiesen haben?

XI. 6. Abgeordneter **Strohmayr**

Trifft es zu, daß nach Manövern der alliierten Stationierungsstreitkräfte und der Bundeswehr im Manövergelände vielfach Abfälle zurückbleiben, unter denen sich häufig Munition befindet, die Passanten und spielende Kinder gefährden?

XI. 7.	Abgeordneter **Strohmayr**	Ist die Bundesregierung bereit, sich dem Verlangen des Verfassungsausschusses des Bayerischen Landtags anzuschließen, daß Räumungskommandos der jeweils übenden Truppen die Säuberung des Manövergeländes übernehmen sollen, auch das Beseitigen von erheblichen Bodenveränderungen?
XI. 8.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	In welcher Weise soll die Umsiedlung der Bevölkerung bzw. des gesamten Dorfes Langenwinkel bei Lahr vollzogen werden, nachdem das Bundeskabinett in der vergangenen Woche dem Umsiedlungsprojekt grundsätzlich zugestimmt hat?
XI. 9.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Hält die Bundesregierung ihre Zusage aufrecht, daß die umzusiedelnden Bewohner von Langenwinkel bei Lahr freizügig sind in der Wahl ihrer Niederlassung?
XI. 10.	Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Ist sichergestellt, daß die Umsiedlung der Bewohner von Langenwinkel bei Lahr in andere Orte als Neu-Langenwinkel zu den gleichen Bedingungen erfolgen kann?
XI. 11.	Abgeordneter **Kreitmeyer**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Durchführungsbestimmungen vom 24. Juli 1963 zur Verordnung über die Hergabe von Jubiläumszuwendungen an Beamte und Richter für Soldaten nicht im Sinne einer psychologischen Rüstung wirken, weil diejenigen ausgeschlossen werden, die z.B. ihre 25jährige Dienstzeit schon vor dem 1. Oktober 1961 abgeleistet haben?
XI. 12.	Abgeordneter **van Delden**	Hält es die Bundesregierung nicht für angebracht, daß beispielsweise durch die Schaffung zusätzlicher Tieffluggebiete, welche dann mit den bisherigen Tieffluggebieten abwechselnd beflogen werden, eine Teilentlastung der Bevölkerung in den bisherigen und täglich benutzten Tieffluggebieten erreicht wird?
XI. 13.	Abgeordneter **van Delden**	Ist es nicht wünschenswert, daß mit den NATO-Partnern ein Übereinkommen hinsichtlich der Respektierung der gegenseitigen Feiertage mit Bezug au die Tieffluggebiete erzielt wird, damit die Lärmbelästigung wenigstens an solchen Tagen — gleich den Sonntagen — unterbleibt und nicht, wie im Tieffluggebiet Nr. 2 geschehen, am Buß- und Bettag — sicherlich in Unkenntnis des Feiertages — Übungen stattfinden?
XI. 14.	Abgeordneter **Buchstaller**	Wer hat veranlaßt, daß ein Brief des Bundesverteidigungsministers an den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks wegen der Frauenfunksendung „Unser Sohn wird Soldat (Hilfe, ich bin eine Heldenmutter)" vom 28. Oktober bei Kompanie- und Bataillionsappellen verlesen wurde?

XI. 15. Abgeordneter **Buchstaller**

Trifft es zu, daß der in Frage XI/14 genannte Beschwerdebrief ohne weitere Information verlesen wurde und die Soldaten deshalb nicht wissen konnten, in welcher Sache sich der Bundesverteidigungsminister zu einer so weitgehenden Kritik am Westdeutschen Rundfunk veranlaßt gesehen hat?

XI. 16. Abgeordneter **Buchstaller**

Ist es üblich, daß kritische Stellungnahmen des Bundesverteidigungsministeriums zu Fernseh- und Rundfunksendungen und zu Presseverlautbarungen in Form von Appellen den Soldaten zur Kenntnis gebracht werden?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XII. 1. Abgeordneter **Fritsch**

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, das Schlangestehen der Empfänger von Versichertenrenten vor den Auszahlschaltern der Deutschen Bundespost zukünftig zu vermeiden?

XII. 2. Abgeordnete **Frau Herklotz**

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag zu unterstützen, eine Kennedy-Gedächtnismarke der Deutschen Bundespost oder der Landespostdirektion Berlin herauszugeben?

XII. 3. Abgeordneter **Peiter**

Wann ist damit zu rechnen, daß das Fernmeldeamt Limburg an den Selbstwählferndienst angeschlossen und damit die Benachteiligung für Teile des Lahn-, Westerwald-, Aar- und Einrich-Gebietes beseitigt wird?

XII. 4. Abgeordneter **Dr. Eppler**

Wann wird mit Umbau und Erweiterungsbau des Postamtes in Alpirsbach Kr. Freudenstadt begonnen werden?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

XIII. 1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Warum hat die Bundesregierung nach Inkrafttreten des 16. Änderungsgesetzes zum LAG am 24. Mai 1963 noch nicht für eine klare Entscheidung der Frage gesorgt, ob das in Bayern bis zum Jahre 1954 auf Grund des von der Militärregierung erlassenen Gesetzes Nr. 161 durchgeführte Zuschußverfahren als vergleichbar in Sinne des § 230 LAG angesehen werden kann?

XIII. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Hält die Bundesregierung den Verwaltungsaufwand sachlich und materiell für gerechtfertigt, der durch die nachträgliche formularmäßige Durchführung des Notaufnahmeverfahrens für die in Bayern im Rahmen der unter Frage XIII/1 genannten Verordnung der Militärregierung zugezogenen Personen entsteht?

XIII. 3. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß diese auf Grund des 16. Änderungsgesetzes zum LAG grundsätzlich anspruchsberechtigten Personen, die gemäß Fragen XIII/1,2 in Bayern zugezogen sind umgehend in den Genuß der ihnen durch das 16. Änderungsgesetz zum LAG zuerkannten Möglichkeiten kommen?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

XIV. 1. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)**

Was gedenkt das Bundesschatzministerium zu tun, um die so lange Jahre verzögerte Reprivatisierungsaktion in Altenrath (Siegkreis) zu fördern und zu beschleunigen?

XIV. 2. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Billigt es die Bundesregierung, daß eine Dienststelle der Bundesvermögensverwaltung in Auenheim Kreis Kehl eine Flüchtlingsfamilie mit sieben Kindern durch Klage zur Räumung ihrer Wohnung zwang, weil der Familienvater seinen Mietzahlungsverpflichtungen nicht nachzukommen vermochte?

XIV. 3. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Entspricht es den familienpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung, daß die in Frage XIV/2 genannte Familie, die zum fraglichen Zeitpunkt das 8. Kind erwartete, wegen der Haltung der Bundesvermögensverwaltung in den dörflichen Gemeindesaal eingewiesen werden mußte?

XIV. 4. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Entspricht es den familienpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung, daß es die Bundesvermögensverwaltung in dem in Fragen XIV/2,3 geschilderten Fall ablehnte, eine andere Familie mit fünf Kindern in die zwangsgeräumte Wohnung einzuweisen, die in einem Zimmer mit Küche zu wohnen gezwungen ist?

Bonn, den 6. Dezember 1963